

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.2.1931 (No. 48)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 933
und 934
Postfach Nr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 10% Rabatt, bei 1000 Exemplaren 20% Rabatt, bei 5000 Exemplaren 30% Rabatt, bei 10000 Exemplaren 40% Rabatt. — In der Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bedruckt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitragszahlung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in einem Betrieb oder in denen unserer Verleger, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der kommunistische „Weltarbeitslosentag“

Blutige Zusammenstöße in Leipzig und Köln
Die Kommunisten hatten zum gestrigen Mittwoch in Deutschland und im Ausland einen „Weltarbeitslosentag“ und „Hungermärsche“ proklamiert, und die Folge davon waren, wie zu erwarten, Ausschreitungen und auch blutige Zusammenstöße. Die Kosten tragen neben den verletzten Polizeibeamten verletzte Leute und sogar Unbeteiligte. Öffentlich wird man sich aber mehr als bisher an die Häufelkinder halten.

In Berlin kam es verschiedentlich zu Plünderungen und Diebstählen in Lebensmittelgeschäften. An verschiedenen Stellen Berlins versuchten Kommunisten während des ganzen Tages Erwerbslosenzüge zu bilden, die jedoch überall von der Polizei aufgelöst wurden. Die des öfteren angegriffene Polizei mußte mit Schreckschüssen und dem Gummiknüppel die Ordnung wiederherstellen. Ein Oberwachmeister und ein Oberleutnant wurden erheblich verletzt. Einige Sittierungen konnten vorgenommen werden.

In Leipzig wurden Polizeibeamte, die einen kommunistischen Demonstrationenzug auflösen wollten, von den Demonstranten mit Steinen beworfen und beschossen, worauf sie ihrerseits das Feuer erwiderten. Sechs Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe, einer durch einen Streifschuss verletzt. Vier Demonstranten wurden getötet. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein zwölfjähriger Knabe, der einen Streifschuss in die Schläfe erhielt, als er, in einer Haustür stehend, den Ausschreitungen zusah.

In Nürnberg wurden kommunistische Demonstrationenversuche mit Hilfe des Gummiknüppels im Keime erstickt.

In München bewarfen erwerbslose Demonstranten die Polizei mit Steinen, doch wurden sie von der Polizei zerstreut und zwei Personen festgenommen. Auch in Köln mußte die Polizei gegen demonstrierende Erwerbslose einschreiten, die durch Steinwürfe mehrere Personen verletzten. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Im Ruhrgebiet kam es zu keinen größeren Ausschreitungen. In Bochum und Castrop-Rauxel mußten Erwerbslosenzüge unter Anwendung des Gummiknüppels aufgelöst werden.

In Saarbrücken und in Neunkirchen kam es zwischen Tausenden von Erwerbslosen und der Polizei, die mit Steinen beworfen wurde, wiederholt zu Zusammenstößen, wobei eine Anzahl Erwerbsloser und Schutzpolizisten Verletzungen erlitten.

Nach den aus dem Ausland vorliegenden Meldungen hat der „Weltarbeitslosentag“ nirgends zu größeren Zwischenfällen geführt. Es kam in Dänemark, Schweden, Frankreich, Spanien und der Tschechoslowakei vielfach zu Demonstrationen, die jedoch, wo sie die öffentliche Ordnung zu stören drohten, von der Polizei aufgelöst werden konnten. In Kopenhagen wurden circa 50 Fenstersteine eingeschlagen, ferner wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert. Die Polizei benutzte zum ersten Male zur Auflösung von Ansammlungen Polizeihunde, deren Erscheinen wiederholt veranlaßt, daß große demonstrierende Gruppen in wilder Panik auseinanderstoben.

Über die Zwischenfälle in Baden berichten wir an anderer Stelle.

Berufliche Fortbildung für arbeitslose Jugendliche

Ende Dezember v. J. hatte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besondere Maßnahmen für die berufliche Fortbildung arbeitsloser Jugendlicher angeordnet. Inzwischen sind, wie die Reichsanstalt mitteilt, in vielen Bezirken des Reiches zweckmäßige Veranstaltungen auf diesem Gebiete ins Leben gerufen worden.

So wird z. B. bekannt, daß im Bereiche des Landesarbeitsamtes Westfalen seit Januar d. J. 20 Arbeitsämter berufliche Bildungsmaßnahmen für Jugendliche eingerichtet haben, durch die 9806 arbeitslose im Alter von 17 bis 21 Jahren (darunter 1648 weibliche) erfaßt werden. Der Kreis dieser Personen erweitert sich ständig. Das Zusammenwirken der Arbeitsämter mit den Berufs- und Fachschulen zeitigt gute Erfolge. Da die Gemeinden sich an den Sachkosten beteiligen, kann mit verhältnismäßig geringen Mitteln fruchtbringende Arbeit im Kampfe gegen die beruflichen und seelischen Gefahren der Arbeitslosigkeit geleistet werden.

Ein bemerkenswertes Beispiel bilden auch die von einem rheinischen Arbeitsamt in Verbindung mit dem Jugendamt und der Volkshochschule durchgeführten Arbeitsgemeinschaften, in denen bereits im Dezember v. J. 978 arbeitslose Jugendliche erfaßt wurden. Wo es, wie schon sehr vielfach, gelingt, die Berufsschulen, das Amt für Arbeitsbeschäftigung sowie die Berufsverbände und weltanschaulichen Vereinigungen in diese Gemeinschaftsarbeit hineinzuziehen, findet die vom Arbeitsamt erstrebte berufliche Fortbildung eine wertvolle Ergänzung nach der Seite der allgemeinen Bildung, der Jugend- und Gesundheitspflege. Es ist anzunehmen, daß schon in kurzer Zeit aus weiteren Teilen des Reiches über einen praktischen Fortgang dieser Bestrebungen berichtet werden kann.

Stottenverhandlungen in Rom

WTB. Rom, 26. Febr. (Tel.) Heute vormittag 11 Uhr begannen im Palazzo Chigi die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär des Äußeren, Genabon, und dem britischen Lordadmiral Alexander mit dem italienischen Außenminister Grandi und dem italienischen Marineminister Siranni sowie dem italienischen Sachverständigen.

Letzte Nachrichten

Um die Gefrierfleisch Einfuhr Der Ausschuss für ein Kontingent von 50 000 Tonnen

BDZ. Berlin, 26. Febr. (Tel.) Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag mit elf gegen acht Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach ab 1. März zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wieder ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zur zollfreien Einfuhr zugelassen wird. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei. Zwei Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Es fehlten die fünf Nationalsozialisten und die zwei Deutschnationalen.

Der Zentrumsvizepräsident Dr. Deffner hatte einen Kompromissvorschlag gemacht. Danach soll die Reichsregierung verpflichtet sein, ein zollfreies Gefrierfleischkontingent bis zu 50 000 Tonnen jährlich zuzulassen, falls nach den Feststellungen des Reichsernährungsministeriums die Fleischpreise eine Erhöhung über den Stand vom 26. Februar 1931 aufweisen. In die Durchführungsbestimmungen hierzu soll die Regierung besondere Sicherungen aufnehmen, daß das Gefrierfleisch auf dem Wege von den Importeuren bis zu den Verbrauchern nicht ungerechtfertigt verteuert wird. Groß- und Kleinhandelspreise sollen planmäßig beaufsichtigt und wirksam kontrolliert werden. Um diesen Antrag ging heute im Ausschuss der Kampf. Da Deutschnationale und Nationalsozialisten an den Beratungen nicht teilnahmen, hing das Schicksal des Antrags von der schließlichen Haltung der Sozialdemokraten ab.

Die Kommunisten forderten sogar eine Erhöhung des Kontingentes auf 120 000 Tonnen.

Gewerkschaftsführer bei Hindenburg

Besprechungen über die Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik

CNB. Berlin, 26. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, empfing der Reichspräsident heute Mittag um 12 Uhr im Gegenwart des Reichsarbeitsministers die Führer der Gewerkschaftsverbände, und zwar der Freien Gewerkschaften, der Christlichen Gewerkschaften und des Gewerkschaftsbundes. Es ist anzunehmen, daß die Gewerkschaftsvertreter dem Reichspräsidenten ihre Anschauungen über die Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, ihr durch energische Maßnahmen zu entgegenzutreten, vortragen. Außerdem dürfte auch die Frage der Lohnsenkung zur Sprache gebracht worden sein. In Gewerkschaftskreisen steht man auf dem Standpunkt, daß die Lohnsenkungspolitik baldmöglichst zum Abschluß gebracht werden muß.

Ein „Internationales Kreditinstitut“

Französische Ablehnung eines englischen Planes

WTB. Paris, 26. Febr. (Tel.) Aus einem Artikel des „Echo de Paris“, der sich mit der Finanzpolitik Frankreichs beschäftigt und die Frage erörtert, wie Frankreich seine finanzielle Macht in den Dienst seiner Politik stellen könne, erklärt man, daß der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, während der letzten Sitzung des Verwaltungsrats der Internationalen Zahlungsbank den Plan der Schaffung eines „Internationalen Kreditinstituts“ erörtert habe.

Dieses Institut würde — nach Normans Äußerungen — Obligationen zugunsten von Unternehmungen auflegen, die seiner Ansicht nach in den verschiedenen Ländern empfehlenswert und des Interesses würdig wären. Die von diesem Institut ausgeliehenen Kapitalien würden zumeist französischer Herkunft sein. Deshalb vertrete es sich selbst, daß Frankreich nicht in diesen Plan eintreten könne. Die Politik sei gegenwärtig zu eng mit der Wirtschaft verbunden, als daß man auch nur vom Standpunkt des Geldgebers die politischen Wirkungen einer Kreditoperation außer acht lassen könnte. Frankreich müßte seinen Kapitalstrom dorthin leiten, wo er „zur Konsolidierung des Friedens“ beitrage.

Nach dem „Deutsche“ soll das englischerseits vorgeschlagene Finanzinstitut zwar nicht mit der Internationalen Zahlungsbank in Basel vereinigt werden, aber in Verbindung mit ihr arbeiten.

Ein Dummerjungensstreik

CNB. Berlin, 26. Febr. (Priv.-Tel.) Heute morgen waren in Berlin Gerüchte von einem Attentat auf den früheren Polizeipräsidenten Jürgel, der in Zehlendorf wohnt, verbreitet. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, kann von einem Attentat keine Rede sein. Sowohl Herr Jürgel, als auch der Polizeipräsident Grefjinski haben einen Brief in einem gewöhnlichen grünen Rouvert erhalten, in welchem sich eine Streichholzschachtel, sowie Papierschnitzel und einige kleine Zellulosereste befanden. Als der Brief an Jürgel aufgeschnitten wurde, entstand durch Entzündung eines Streichholzes eine kleine Flamme, die sofort wieder verlöschte. Bei dem Brief an Herrn Grefjinski ist überhaupt nichts passiert. Es dürfte sich lediglich um einen dummen Scherz handeln.

* Frankreich und die Abrüstung

Die französische Regierung hat gerade in den letzten Tagen den Beweis dafür geliefert, daß es ihr auf eine wirklich ehrliche und brauchbare Verständigungspolitik nicht ankommt, daß sie sich vielmehr auch heute noch unter dem Worte „Verständigung mit Deutschland“ eine Politik vorstellt, die uns für immer zu einer Macht zweiten Ranges stempelt und die militärische Überlegenheit Frankreichs für alle Zeiten festlegt. In geradzuhaltiger Weise hat der französische Kriegsminister Maginot die Grundgedanken dieser französischen Politik in einer Kammerrede umschrieben.

Er hat erklärt: „Keine Macht, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet hat, kann auf die Klauseln verzichten, durch die die Rüstungsbeschränkung Deutschlands festgelegt wird. Unsere augenblickliche Rüstung hängt tatsächlich von diesem Zustand ab. Wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen würde, wären wir genötigt, unsere Bewaffnung heraufzusetzen anstatt herabzusetzen. Das würde also nicht eine Beschränkung, sondern ein neues Wettrüsten geben. Man kann die Abrüstung der Völker nicht dadurch erzielen, daß man damit anfängt, die bestehenden Abmachungen nicht zu berücksichtigen. Man darf doch nicht sagen, daß alle Nationen auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellt werden müßten. Wenn man die Kriegsgefahr zum Verschwinden bringen will, ist es nur gerecht, ja notwendig, daß denen, die die Angreifer gewesen sind, die strengsten Beschränkungen auferlegt werden, und daß die Nationen, die nicht angegriffen haben und die sich weigern, anzugreifen, nicht dulden können, daß die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages in Frage gestellt werden.“

Wir dürfen dem französischen Kriegsminister dankbar sein dafür, daß er in so offener Weise die Auffassung der französischen Regierung und der Mehrheit des französischen Volkes bekundet hat. Alle schönen Reden Briands haben bisher nur den einen Zweck gehabt, dieser Auffassung eine Form zu geben, die weniger anstößig ist und die Pariser Außenpolitik zu allerlei schlaunen Wandern unter dem Motto „Friede und Verständigung“ befähigt.

Die Franzosen sind von jeher Meister der politischen Propaganda gewesen. Und wenn ein französischer Staatsmann die Kunst dieser Propaganda beherrscht, so ist es Briand. Nur zu viele sind ihrer Suggestion erlegen. Auch in Deutschland! Heute wird wohl kein deutscher Staatsbürger mehr daran zweifeln, daß die ganze französische Politik der letzten Jahre nur das eine Ziel verfolgt hat, mit den Mitteln einer friedlich ausschauenden Diplomatie die Überlegenheit Frankreichs so zu untermauern, daß sie auch den Stürmen einer Abrüstungskonferenz trocken kann.

Seitdem das deutsche Volk in allen seinen Teilen und mit ihm seine Regierung erst einmal begriffen hatte, was die sog. „Locarnopolitik“ in französischer Auslegung eigentlich zu bedeuten hat, hat sich bei uns der nationale Wille zum Widerstand geregt; und dieser Wille umfaßt heute alle Schichten des Volkes, da sie alle von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß jene Ziele der französischen Politik die dauernde Bedrückung Deutschlands in sich schließen, den Weltfrieden gefährden und sonach vom patriotischen Standpunkt aus wie vom pazifistischen Standpunkt aus bekämpft werden müssen. Die Tatsache, daß sich diese nationale Einheitsfront in Deutschland gebildet hat und immer ungestümer auf ihrem Recht beharrt, hat wahrscheinlich den französischen Kriegsminister veranlaßt, die Bahnen Briandscher Diplomatie zu verlassen und mit rücksichtsloser Offenheit die wahre Auffassung Frankreichs vor aller Welt zu enthüllen.

Herr Maginot lehnt also die Forderung nach der Gleichberechtigung Deutschlands rund heraus ab. Die Bestimmung des Friedensvertrages, die aus der deutschen Abrüstung eine Verpflichtung zur Abrüstung aller Unterzeichner macht, wird von ihm einfach bei Seite geschoben. Und schließlich bekennt sich Herr Maginot zu der für Frankreich so bequemen Theorie, daß Deutschland, da es „angegriffen“ habe und am Kriege schuld sei, auch weiterhin ganz bestimmte Beschränkungen in militärischer Hinsicht auf sich nehmen müsse.

Das ist ein völlig unmöglicher Standpunkt. Sogar die „Frankfurter Zeitung“ tritt Herrn Maginot in ihrem gestrigen Abendblatt mit Schärfe entgegen. Und sie er-

Badischer Teil

Badischer Landtag

(25. Sitzung)

D. Karlsruhe, 26. Febr. 1931.

An Stelle des erkrankten Präsidenten Duffner eröffnet

Erster Vizepräsident Maier kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Eingegangen ist die Novelle zum Sparlastengesetz.

Kurze Anfragen

Abg. Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) wünscht Auskunft über

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts antwortet:

Die Grundzüge der Verträge mit der katholischen und evan-

Einige Gelehrte löste die kurze Anfrage des Abg. Schmidt-

In seiner Antwort erinnerte der Minister des Innern an

Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Novelle.

Abg. Dr. Veers (Staatsp.) Das Urteil des Verwaltungs-

Abg. Wagner (Nat.-Soz.) meint, es wäre wichtiger, sich um

Abg. Dr. Brähler (D. Natl.) führt aus, es falle auf, daß das

Staatspräsident und Minister des Innern Wittemann

erklärt sein Einverständnis mit der Vorlage, wie sie vom Aus-

Auf Zurufe der Nationalsozialisten sagt der Minister: Ob

Abg. Bauer (D. Sp.) entgegnet, das Urteil des Verwaltungs-

Der staatsparteiliche Antrag wird abgelehnt und der Geset-

Abg. Bauer (D. Sp.) entgegnet, das Urteil des Verwaltungs-

Der staatsparteiliche Antrag wird abgelehnt und der Geset-

Nächste Sitzung nachmittags 1/4 Uhr.

Schluß gegen 1 Uhr.

Die Adlerplakette für Geheimrat Dr. Aschhoff

Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibes-

Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitsverband

In Karlsruhe wurde am Mittwoch im Colosseum die dies-

Geschäftsführer Dr. Schend erläuterte den Geschäfts-

und Maschinenwesen in Hohenheim, der in 15stündigen

Es folgte ein hochinteressanter Vortrag des Prof. Dr. Ing.

Rechtlich gestaltete sich die Aussprache auch über die Lohn-

Es folgte ein hochinteressanter Vortrag des Prof. Dr. Ing.

Aus der badischen Industrie

In der Berufungsinanz abgewiesen. Wie die Mannheimer

Zum Schiedspruch für die badische Textilindustrie. Der

Am Dienstag gefällte Schiedspruch in der badischen Textil-

gegen die Arbeitnehmervertretern mit den Stimmen der Ar-

1. Die Allford- und Zeitlöhne des Lohntarifs vom 14. Novem-

der 1. März fällt, um 5 Proz. gekürzt. 2. Im übrigen bleibt

es bei den Bestimmungen des Lohntarifs vom 14. November

1927 mit dem Zusatz: 3. Bei Nachsichtarbeit wird eine Ver-

gütung gewährt a) für die Zeit von 20 bis 22 Uhr von 5 Proz.

für die Stunde, b) für die Zeit nach 22 bis 6 Uhr 10 Proz.

für die Stunde. 4. Dieser Tarif ist mit vierteljährlicher Kritik

auf Ende des Monats, erstmals am 30. September 1931, änd-

bar. 5. Die Alltagszulage wird von der gleichen Lohnperiode

wie in Ziffer 1 ab 1. März um 1 Proz. von 1. Juli 1931 ab

Zigarettenfabrik Oberheimer in Göttingen hat mit etwa der

Der kommunistische Weltarbeitslosetag in Baden

Auch in Baden kam es am Mittwoch zu kommunistischen

In Mannheim hatte der kommunistische Arbeitslosen-

nach Schluß derselben kam es zu leichteren Zusammenstößen

In Heidelberg verlief, wie von der Polizei mitgeteilt wird,

In Karlsruhe versuchten im Laufe des Abends die Kom-

Kurz nach 2 Uhr nachts mußten zwei Polizeibeamte in

In Freiburg versuchten die Kommunisten, bis in die späten

Auch aus den übrigen oberbadischen Orten, so aus Schopf-

Bürgermeisterwahlen. In Zell a. N. ist die Bürgermeister-

Die Wärmehallen Mannheims wurden im Verlaufe von sechs

Landtagsabgeordneter Hofeins zum Stadtoberschulrat er-

Erhöhung der Umlage in Nassau abgelehnt. Zur teilweisen

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (26. Februar, 25. Februar), and exchange rates (Geld, Brief).

Badische Bank

Der Bericht des Vorstandes führt u. a. aus:
 Das Jahr 1930, das sechzigste Geschäftsjahr seit Gründung unserer Bank, brachte keine Besserung der Wirtschaftslage im Lande Baden; es muß leider ein weiterer Abstieg der Wirtschaft festgestellt werden. Die Lage Badens als Grenzland wirkt sich weiter ungünstig für die Entwicklung seiner gesamten Verhältnisse aus.
 Mit wenigen Ausnahmen verzeichnen die hauptsächlichsten Industrien unseres Landes eine erhebliche Minderung ihres Absatzes, und sie mußten zu Betriebs Einschränkungen und Sturzarbeit, in einzelnen Fällen zu Betriebsstillegungen, übergehen. Infolge der Einschränkungen der Investitionstätigkeit in Industrie und Handel und der Verschlechterung der Finanzlage der öffentlichen Hand hat sich die Bautätigkeit während des verflohenen Jahres stark vermindert. In Auswirkung dieser Tatsachen stieg die Arbeitslosigkeit im Verlaufe des Jahres auf eine ungeahnte Höhe an, wodurch sich die Kaufkraft eines großen Teiles der Bevölkerung verminderte. Die schlechte Lage der Land- und Holzwirtschaft in Baden hat sich nicht gebessert. Der Weinbau insbesondere leidet unter Abfahrmangel und ungenügenden Preisen.
 Unser Wechselkontingentsgeschäft bewegte sich im üblichen Rahmen. Der geringere Warenaustausch hatte eine gegenüber dem Vorjahre ermäßigte Zanspruchnahme von Handelswechselforderungen zur Folge. Das Notenausgaberecht unserer Bank war ab 1. Januar 1930 bis zum Jahresende auf 27 Millionen Reichsmark bemessen. Unser Notenkontingent haben wir fast das ganze Jahr hindurch voll nützen können. Das Reichsbankdirektorium und der Generalkonvent der Reichsbank haben mit ihrer Bekanntmachung vom 15. April 1930 den § 31 des Bankgesetzes in Kraft gesetzt, mit der Bestimmung, daß dieser Beschluß gleichzeitig mit dem neuen Plan in Kraft tritt. Dadurch ist mit dem Inkrafttreten des neuen Planes auch der § 9 des Privatnotenbankgesetzes vom 30. August 1924 in Wirksamkeit gesetzt worden.
 Die Umsätze in festverzinslichen Werten waren in der ersten Jahreshälfte lebhafter. Die Steigerung deren Kurse wirkte sich günstig auf unsere Bestände aus. Das Effektenkommissionsgeschäft ist auch im vergangenen Jahre unbefriedigend geblieben.
 Es wird vorgeschlagen, auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 6 Prozent, auf die Stammaktien eine Dividende von 10 Prozent zu verteilen, der Beamtenunterstützungskasse den Betrag von 4972,20 Reichsmark zuzuwenden und 200 000 Reichsmark auf neue Rechnung vorzutragen.
 Von dem laut Gewinn- und Verlustrechnung sich ergebenden Gewinn für 1930 von 1 009 817,28 Reichsmark entfallen zunächst 4 Prozent Gewinnanteil auf die Vorzugs- und Stammaktien 332 000 Reichsmark, für Konten des Aufsichtsrats sind zu verwenden 85 602,03 Reichsmark, zur Ergänzung der Dividende der Vorzugsaktien auf 6 Prozent und der Stammaktien auf 5 Prozent sind nötig 86 000 Reichsmark. Der Gewinnanteil des Staates beträgt 101 243,05 Reichsmark. Dazu kommt der Vortrag aus Geschäftsjahr 1929 mit 200 000 Reichsmark, zur Erhöhung der Dividende der Stammaktien auf 10 Prozent sind zu verwenden 400 000 Reichsmark.
 Generalversammlung am 14. März, mittags 12 Uhr in Mannheim.

Firma Steiner G. m. b. H., Weingroßhandlung, Karlsruhe. Die am Mittwoch abgehaltene Gläubigerversammlung der Firma Steiner G. m. b. H., Weingroßhandlung in Karlsruhe, hat einstimmig für die Eröffnung des Vergleichsverfahrens ausgesprochen.
 Keine neuen Packungen für Tabak notwendig. Entgegen anderslautenden Nachrichten über eine Verfügung des Reichsfinanzministeriums, wonach angeblich in Zukunft der Tabak nur in Packungen von 40 und 80 Gramm in den Handel kommen darf, erfahren wir von unrichtiger Seite, daß die betr. Verfügung den Fabrikanten freie Hand läßt, ob sie den Tabak in Packungen von 40 und 80 oder, wie bisher, von 50 und 100 Gramm verkaufen wollen.
 Keine allgemeine Mieterhöhung für die Stadtgemeinde Weil. Der Gemeinderat von Weil a. Rh. sprach sich, nachdem er die Vorschläge über die Abänderung des Wohnungsmangelgesetzes entgegengenommen hatte, dahin aus, daß eine allgemeine Mieterhöhung von 5 Proz. für die Stadtgemeinde Weil vorläufig nicht in Betracht kommt.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Studenten gegen Gumbel. Die Studentenschaft der Karlsruher Technischen Hochschule befaßte sich am Mittwoch mit dem Fall Gumbel. Nach einem Referat eines Heidelberger Studenten wurde eine Entschließung angenommen, in der Protest gegen die Auflösung des Heidelberger Aka erhaben wird und die sich dagegen wehrt, daß Professor Gumbel zum außerordentlichen Professor einer deutschen Universität ernannt worden sei. Es wurde ferner ein von dem nationalsozialistischen deutschen Studentenbund eingebrachter Antrag angenommen, der die Einführung des „Numerus clausus“ im Sinne des volksdeutschen Problems“ befürwortet. Ferner sollen Vorträge und Sprechabende zur Förderung der Numerus-clausus-Frage veranstaltet und statistische Erhebungen gemacht werden.
 Colosseumtheater. Wie uns berichtet wird, geht die musikalische Komödie „Biermal Ehe“ heute abend zum letztenmal über die Bretter. Am Freitag und Samstag verabschiedet sich Margarete Siegal mit ihrem Ensemble in einem bunten Abend „Rund um Wien“, eine bunte Reihenfolge von 10 Bildern aus dem alten und neuen Wien. An diesen Abenden singt Frau Siegal „Das Geleit“ aus Tosca, die Arie aus der „Jüdin“, aus Land des Lächelns „Ich möchte einmal wieder die Heimat seh'n“, außerdem den „Gardas“ von Lehar und „Ein bißchen Feuer“ von Venetianer. Außerdem kommen überaus lustige Stücke zur Aufführung, u. a. „Der Krankenassistent“, eine halbe Stunde beim Krankenassistenten mit seinem Patienten, und „Der Wiener Dienstmann“. Es empfiehlt sich, rechtzeitig Karten im Vorverkauf, Zigarrenhaus Meyle, Ede Waidstraße und Passage, zu besorgen.
 Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Auch in unserem Gebiet herrscht jetzt wieder ausgesprochenes Bestmüde. Die Winde haben schon gestern aufgesperrt gleichzeitig sind leichte Niederschläge gefallen. Unter dem Einflusse der ozeanischen Luftzufuhr sind ferner die Temperaturen allgemein gestiegen; sie lagen heute früh in der Ebene 5 Grad über Null, im Gebirge noch etwas unter Null. Eine wesentliche Änderung des eingetretenen Witterungscharakters ist vorerst nicht zu erwarten. **Vorausage:** Fortdauer des meist bedeckten und windigen Wetters, zeitweise leichte Niederschläge.
Wasserstände: Waldshut 198 plus 5, Bafel 8 minus 6, Schutterinsel 61 plus 4, Nebl 207 minus 2, Murgau 378 minus 5, Mannheim 270 minus 7, Saub 205 minus 5.

Kurze Nachrichten aus Baden
 Vom Bau der Staustufen Hirschhorn und Rodenau. Hirschhorn, 26. Febr. Zum Bau der Staustufe Hirschhorn hat der Gerätetransport bereits eingesetzt, so daß damit zu rechnen ist, daß die Arbeiten in Wälde aufgenommen werden. Mit dem eigentlichen Bau an der Rodenauer Staustufe wird man nicht vor Ende März rechnen dürfen. Die bisher geleistete Vorarbeit, die darin besteht, daß der Mutterboden abgehoben und auf die Seite transportiert wird und bei der es sich um 3000 Kubikmeter Erdmassen handelt, sind schon weit vorangeschritten.
 Ein umfangreicher Betrugsprozess in Heidelberg. Heidelberg, 26. Febr. Das Schwurgericht beschäftigte sich mit dem Prozess gegen die 53 Jahre alte Besitzerin des Kino- und Kaffeehauses „Odeon“ in Heidelberg, Elise Schulten, geb. Vollenbader, ihren 42 Jahre alten Schwager, den Kaufmann August Eisenbeiß, und dessen 48 Jahre alte Ehefrau. Die Anklage lautet auf betrügerischen Bankrott, gegen Frau Schulten außerdem auf Meineid. Zur Verhandlung waren 28 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der Angeklagte Eisenbeiß gehörte früher das Kino- und Kaffeehaus „Odeon“, das Gloria-Kino und die Kaffeehäuser in Karlsruhe. Dem Angeklagten Eisenbeiß wirft die Anklage vor, daß er, trotz der wahren Kenntnis der Dinge, die Nachschärfen seiner Schwägerin unterstützt hat. Seine Frau wird beschuldigt, sich die Einrichtungsgegenstände übereignet lassen zu haben, obwohl sie gewußt hat, daß sie an ihre Schwester keine Darlehensforderung hat. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Schulten 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus, gegen Eisenbeiß 10 Monate und dessen Ehefrau 4 bis 5 Monate Gefängnis. Das Urteil wird am Donnerstagnachmittag gesprochen.

Der Birkle-Prozess in Freiburg

* Freiburg, 26. Febr. Am gestrigen zweiten Verhandlungstag des Birkle-Prozesses wurden, wie gemeldet, die beiden Angeklagten Birkle und Herling eingehend vernommen. Am heutigen Donnerstag wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. Mit großer Spannung sah man den Aussagen des Profuristen Gahn und des Bankier Lieber entgegen, der bekanntlich bei dem Konkurs Birkle 2 Millionen Schweizer Franken eingezahlt hat. Die Meldung, daß Lieber nicht zum Prozess erscheinen werde, ist unrichtig; er wollte bereits gestern in Freiburg und hatte sich verpflichtet, Donnerstag vormittag vor Gericht zu erscheinen.
 Arthur Lieber (Biffone-Lugano) hatte Birkle 1925 in Frankfurt a. M. kennen gelernt und sich entschlossen, als er seine Kommanditbeziehungen zu dem Bankhaus Schneider löste, mit der Birkle-Bank zusammenzuarbeiten. Er ließ sein Konto auf die Birkle-Bank eröffnen, nachdem er entsprechende Sicherungen in Form von Grundschuldbriefen erhalten hatte. Lieber stellte entschieden in Arbeit, dem Bankhaus Generalvollmacht erteilt zu haben. Da Birkle und Herling einen guten Eindruck auf ihn machten, habe er eine größere Einlage in das Bankhaus gemacht. Auf Veranlassung von Herling habe er auch Kreditunterlagen zur Beschaffung eines Kredites für den Klosterneubau St. Trudbert zur Verfügung gestellt. 1928 sei er von einem gewissen Neppert, der bei Birkle durch Effekten Spekulationen erheblich Geld verloren habe, vor der Birkle-Bank gewarnt worden. Er wurde durch einen Brief einer bekannten Freiburger Persönlichkeit beruhigt. Später widerrief dieser Neppert seine Behauptungen. Es wurde festgestellt, daß von Mitte 1928 bis August 1929 dem Neppert vom Bankhaus Birkle monatlich 300 bis 400 M. ausbezahlt wurde, wie man vermutet, als Schweizergehalt. Schließlich wurde Lieber doch mißtrauisch und beachtete, seine Einlagen juristisch zu klären, erklärte sich jedoch bereit, langsam mit dem Abbau seiner Positionen bei Birkle vorzugehen.

Dr. Heidelberg, 26. Febr. Die Heidelberger Klinkerfabrik und die Vereinigung Heidelberger Verbindungen ehrten gestern abend Geh. Rat Archibald Schmitt überaus ehrenvoll den Eintritt von der Leitung der Neuen medizinischen Klinik durch einen Festsitzung. Auf die Begrüßungsansprache des Sprechers der Studentenschaft vor dem Hause Krebs, hielt der Gelehrte eine von begeisterten Liebe zum Vaterlande getragene Rede, die in ein Hoch auf die Ruperto Carola ausklang.
 Dr. Heidelberg, 26. Febr. Eine der ersten Damen, die die Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen in Baden abgelegt haben, Fräulein Sophie Schmitt, ist im 52. Lebensjahre durch den Tod aus ihrem Wirkungskreis gerissen worden. Seit 1916 wirkte sie an der hiesigen Höheren Mädchenschule, zuerst als Lehrmittelführerin, seit 1920 als Professorin.
 Dr. Aßmannstadt (Amt Tauberhofsheim), 26. Febr. Die seit längerer Zeit hier herrschende Grippe nimmt seit kurzem einen bösartigen Charakter an. Es werden von ihr meistens Personen im Alter von 70-80 Jahren betroffen. Innerhalb 8 Tagen sind 4 Todesfälle zu verzeichnen. Seit Neujahr hat man hier 10 Leute zu Grabe getragen.
 Dr. Freiburg i. Br., 26. Febr. Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Arbeitsbeschäftigung hat auf Anregung seines badischen Mitgliedes, Oberregierungsrat Professor, einstimmig beschlossen, dem um die Förderung der Arbeitsbeschäftigung hiesiger Freiburger Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. med. W. Hoff, die Oberplattete zu verleihen.
 Dr. Freiburg i. Br., 26. Febr. Die Schalter der kaufmännischen Angehörigen im Handelskammerbezirk Freiburg sind auf Grund freier Vereinbarung zwischen den beteiligten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden um 5 Proz. gekürzt worden. Ausgenommen von der Kürzung wurden die Gehälter bis zu 125 M. Die Neuregelung tritt mit Wirkung vom 1. März 1931 in Kraft und ist erstmals auf den 30. September mit vierwöchentlichem Kündigungsfrist kündbar.
 Hb. Überlingen, 26. Febr. Das von der bayerischen Eisenbahnverwaltung in Bau gegebene Dieselmotorschiff „Rempen“ ist jetzt in Dienst gestellt worden, das zweite Schiff „Augsburg“ wird Ende April fertig. Die beiden Schiffe haben ein Fassungsvermögen für je etwa 400 Personen. Die Schiffe sollen hauptsächlich für Fernfahrten und für den Winterdienst dienen und außerdem im Sommer für Sonderfahrten verwendet werden.

Bolks-Trauertag
 Sonntag, den 1. März, 12 Uhr
Gedächtnis-Feier
 im großen Saale der Festhalle

Mitwirkende: Franz Philipp, Direktor der Bad. Hochschule für Musik; Orchester des Badischen Landestheaters, Leitung Generalmusikdirektor Josef Krips; Männergesangsverein Liederkreis, Leitung Studententat Hugo Rahner; Ansprache Kirchenrat D. Hesselbacher, Baden-Baden.

1. Orchester: Allegro non troppo (L. Saz) aus der II. Sinfonie D. Dur Opus 73 Johannes Brahms
2. Orchester: Canzone G-Moll aus den Monologen Opus 63 Max Regier
3. Männerchor: „Mit das Vaterland“ Konradin Kreuzer
4. Ansprache
5. Männerchor: „Ich hatt' einen Kameraden“ Friedrich Silcher
6. Orchester: Aus den Choralvorspielen Opus 17, „Jesus, zu dir rufen wir“ Franz Philipp
7. Männerchor und Orchester: „Nicht muß wieder werden“ Otto Siegel
8. Orchester: Egnont-Quvertüre Ludwig van Beethoven

Wir laden die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme ein. Einzeleinladungen ergehen nicht. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages angemessener Kleidung zu erscheinen. Der Eintritt ist frei. Programme sind in der Festhalle für 20 Pf. erhältlich. Für Schwerkrankenbesucher und ältere Hinterbliebene werden in den vorderen Reihen bis 11 1/2 Uhr Plätze freigehalten, wo auch Plätze für Vertreter der Behörden sichergestellt sind. R. 995

Ortsgruppe Karlsruhe des Landesverbandes Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Städt. (öffentliche) Sparkasse Königshofen, Baden
Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	8 237,38	1. Spareinlagen	1 066 902,95
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse	91 772,92	2. Aufwertungs-spareinlagen	442 878,-
3. Wertpapiere	-	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	49 499,55
4. Wechsel	3 392,10	4. Sonstige Einlagen	-
5. Darlehen a. Hypotheken	897 595,81	5. Anlegens- und andere Schulden	16 500,-
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Privatleute	156 983,44	6. Ausgabeverbindlichkeiten	3,35
7. Darlehen a. Schuldversch.	83 455,84	7. Rücklagen	-
8. Darlehen a. Gemeinden	40 398,45	a) gesetzl. Reservefonds	80 606,62
9. Aufwertungsforderung	352 159,93	b) Sonderrücklage	837,39
10. Einnahmerückstände	47 553,56	8. Reingewinn	24 326,57
11. Grundstücke u. Gebäude	4,-		
12. Gerätschaften	1,-		
	1 631 554,43		1 631 554,43

Berechnung der Rücklage
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 1 116 402,50 RM Einlagen 89 312,20 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 104 933,19 RM
 Somit mehr 15 620,99 RM

Königshofen, den 14. Februar 1931. R. 313

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Hofmann
Der Geschäftsleiter: Stein

A. 475. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Karl Frey, Inhaber B. Friedrich in Karlsruhe, Kaiserstr. 113, wurde heute vormittag 9 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt J. Röwe in Karlsruhe, Kaiserstr. 50, bestellt. Dem Schuldner wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B. O. allgemein verboten, über die Vermögensgegenstände der Firma oder das Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: Freitag, den 20. März 1931, nachmittags 4 Uhr.

vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 1. Stock, Zimmer 40, Karlsruhe, den 24. Febr. 1931.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.



Badisches Landestheater
 Freitag, den 27. Febr. 1931
 * F 17 (Freitagnachts)
Emilia Galotti
 Trauerspiel von Lessing
 Regie: Rienstorf
 Mitwirkende:
 Vertam, Frauendorfer, Schreiner, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Kuhne, Höcker, Just, Luther, Schulze, G. Rienstorf
 Anfang 20 Ende 22 1/2
 Preise A (0,70-5 RM)

Sa. 28. 2. Neu einstudiert: Der Rosenkavalier. Op. 1. 3. Nachm.: Emilia Galotti. Abends: Die Gugenotten. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.